

Teilhabe und Gerechtigkeit statt Bürokratie und Gebühren

Wer arm ist bleibt arm und ausgegrenzt. Eine Grundkonstante, die unsere Gesellschaft prägt, nach wie vor.¹

Es gibt viele Gründe, warum das so ist. Ich möchte mich auf zwei konzentrieren: Bürokratie und Gebühren – durch beides werden in der Landes- wie der Bundespolitik enorme Hürden aufgebaut und letztlich Menschen ausgeschlossen. Grün-linke Politik bedeutet, diese Hürden einzureißen – der **Kampf gegen Klassismus**, gegen die Benachteiligung aufgrund sozialer Herkunft, ist zentraler Baustein grün-linker Politik, auf Bundes- wie auf Landesebene.

In den vergangenen Jahren haben wir schon viel erreicht. Einige Beispiele:

- Wir haben gegen **Studiengebühren** gekämpft, weil Gebühren Menschen aus ärmeren Familien vom Studium abhalten, und eine weitgehende Abschaffung erreicht.
- Wir haben in Berlin die Kita-Gebühren abgeschafft, um auch hier die Barrieren für ärmere Menschen abzubauen.
- Wir haben ein **kostenloses BVG-Ticket** für Schüler*innen eingeführt, um allen Kindern barrierefreien Zugang zum ÖPNV zu geben.
- Wir haben dafür gesorgt, dass das **Mittagessen für Grundschulkinder** in Berlin **kostenfrei** angeboten wird, ohne Bürokratie, ohne stigmatisierende Anträge und Zuzahlungen über die gerade Kinder aus ärmeren Familien ausgeschlossen wurden.

All diese Erfolge sind wichtige Bausteine, um den Armutskreislauf zu durchbrechen – und können dennoch nur der Anfang sein. Bei der LDK am 07.12.2019 haben wir beschlossen, **diesen Weg fortzusetzen**.² Dies ist Auftrag für die kommende Legislaturperiode.

Den Kreislauf der Armut durchbrechen – Auftrag für 2021 an Grüne in Land und Bund

Die ersten Erfolge sind Schritte auf einem langen Weg. Um den Weg fortzusetzen müssen wir im Bund wie im Land grundsätzliches ändern. Ziel sind offene Institutionen und klare, unbürokratische Sozialleistungen. Wichtig sind dabei u.a. folgende Punkte:

¹ https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2018_11_05.pdf

² [https://gruene.berlin/sites/gruene.berlin/files/l-](https://gruene.berlin/sites/gruene.berlin/files/l-01_schluss_mit_kinderarmut_gute_startchancen_fuer_alle_kinder_in_berlin_vorlaeufiger_beschluss_7.12.18_18uhr.pdf)

[01_schluss_mit_kinderarmut_gute_startchancen_fuer_alle_kinder_in_berlin_vorlaeufiger_beschluss_7.12.18_18uhr.pdf](https://gruene.berlin/sites/gruene.berlin/files/l-01_schluss_mit_kinderarmut_gute_startchancen_fuer_alle_kinder_in_berlin_vorlaeufiger_beschluss_7.12.18_18uhr.pdf); Zeilen 102 bis

Landespolitik:

- **Bestes Schulesen für alle kostenfrei anbieten**
Es war ein richtiger und wichtiger Schritt, dass Schulesen für Kinder in der Grundschule kostenfrei anzubieten. Die stigmatisierenden Momente, wenn Kinder an der Essensausgabe abgewiesen werden sind damit Geschichte. Grundschul Kinder sind nicht mehr davon abhängig, dass Eltern den Antrag zur Befreiung stellen oder den einen Euro Zuzahlung rechtzeitig überweisen. **Genau das wollen wir für alle Kinder** – in der Kita, in der Grundschule und in weiterführenden Schulen.
- **Vom Schüler*innen-Ticket zum Bildungs-Ticket zum Bären-Ticket**
Es war richtig, dass wir das kostenlose Schüler*innen-Ticket eingeführt haben. Gerade Jugendliche sind damit mobil, können am Leben teilhaben und sind nicht mehr abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Gleiches wollen noch mehr Menschen ermöglichen. Ein nächster Schritt auf dem Weg zu ticketfreien ÖPNV könnte ein **kostenfreies Bildungs-Ticket** sein. Freie Fahrt für Menschen in Ausbildung – seien es Schüler*innen, Auszubildende, Menschen die sich für einen Jobwechsel weiterbilden.

Schnittstelle zwischen Landes- und Bundespolitik

- **Gebühren für Meisterausbildung und -prüfung abschaffen**
Es ist nicht zu vermitteln, dass das Studium kostenfrei ist, wer aber Meister werden will, muss zahlen. Lehrgangskosten liegen häufig zwischen 5.000 und 12.000 Euro, die Meisterprüfung selber nochmal um die 750 Euro – das schreckt ab. Wir wollen Bildung ohne Gebühren von der Kita bis zum Meister. In einem ersten Schritt sollten wir **Gebühren für die Meisterprüfung abschaffen**. Parallel setzen wir uns über den Bundesrat dafür ein, die **Lehrgangskosten** bundeseinheitlich komplett **abzuschaffen**.³
- **Bürokratiemonster „Bildungs- und Teilhabepaket“ abschaffen**
Wir wollen das so genannte „Bildungs- und Teilhabepaket“ abschaffen, weil es Kinder aus armen Familien kaum erreicht. Jede Unterstützung, der Zuschuss zur Nachhilfe, zur Klassenfahrt, für den Sportverein, für das Mittagessen muss einzeln und jeweils mit komplizierten Formularen beantragt werden. 85% der berechtigten Kinder profitieren nicht von dieser Leistung.⁴ Unser Ziel ist, **Angebote zur Teilhabe gebührenfrei und direkt vor Ort**, beispielsweise im Rahmen von Ganztagschulen anzubieten.⁵ Dabei setzen wir auf Finanzierung durch den Bund und das Land.
- **Familienbüros als Notlösung, angesichts des Dickichts der Sozialbürokratie**
Solange die Leistungen so von Misstrauen, Bürokratie, Gebühren und Formularen durchzogen sind, schaffen wir in Berlin Abhilfe durch **Familienbüros, die Familien aktiv dabei unterstützen zu ihrem Recht zu kommen**. Eine Stelle an der alle Leistungen gebündelt angeboten werden.

³ <https://www.aufstiegs-bafoeg.de/de/wie-wird-gefoerdert-1700.html>

⁴ <https://www.der-paritaetische.de/publikation/expertise-empirische-befunde-zum-bildungs-und-teilhabe-paket-teilhabequoten-im-fokus/>

⁵ <https://gruene.berlin/sites/gruene.berlin/files/->

[01 schluss mit kinderarmut gute startchancen fuer alle kinder in berlin vorlaeufiger beschluss 7.12.18 18uhr.pdf](#); Zeilen 139-147

Bundespolitik

- **Kindergrundsicherung statt Misstrauen, Antragsflut und Bürokratieschlacht**
Die Familienförderung in Deutschland ist ein Drei-Klassen-System. Die reichsten profitieren über die Kinderfreibeträge am stärksten. Familien mit mittlerem Einkommen erhalten Kindergeld – und eine automatische „Günstigerprüfung“ durch das Finanzamt, ganz ohne Bürokratie. Nur die Familien, die am wenigsten haben, müssen ihre Leistung immer wieder neu beantragen, Nachweise erbringen und erhalten am Ende am wenigsten. Nur 30 Prozent der anspruchsberechtigten Eltern nehmen den Kinderzuschlag tatsächlich in Anspruch. Die anderen stellen erst gar keinen Antrag. Was wir brauchen ist eine **Kindergrundsicherung die automatisch ausgezahlt wird** – ohne Hürden, ohne Bürokratie, ohne Misstrauen.
- **Hartz IV abschaffen – Unterstützung aus einer Hand, ohne Misstrauen und Stigma**
Hartz IV muss durch eine Grundsicherung ersetzt werden, ohne Misstrauen, ohne unnötige bürokratische Hürden. Erster Schritt ist die **Abschaffung der Sanktionen**. Mittelfristig muss das komplizierte Nebeneinander von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld und Bafög zu einer **leicht überschaubaren Garantiesicherung** für alle weiterentwickelt werden. Zuverdienste sollen leichter möglich werden, ohne ständige Pflicht zu Nachweisen, Neuberechnungen von Leistungen, fehlerhaften Bescheiden⁶, Gerichtsverfahren... All das führt zu Frust, Stigmatisierung von Menschen und Ausgrenzung.

Verteilungsgerechtigkeit statt Bürokratie, Gebühren und Kultur des Misstrauens

Während die Unterstützung ärmerer Menschen von Misstrauen, Gebühren und Bürokratie geprägt ist, bleiben sehr Reiche weitgehend unbehelligt. Es liegt noch nicht mal statistisch vor, wie reich die Reichsten tatsächlich sind, dies wird schlicht nicht erhoben – keine Nachweise, keine Angaben, nichts. **Wir brauchen Verteilungsgerechtigkeit mit einfachen, klaren Mechanismen, nicht mit Bürokratie und Gebühren für ärmere Menschen.** Zwei Beispiele: Direkt im Landeshaushalt landen die Einnahmen aus der Erbschafts- und der Grunderwerbssteuer, mit einer Reform letzterer könnten jährlich bis zu 100 Millionen Euro für den Landeshaushalt zusätzlich generiert werden.⁷

Aufgabe grün-linker Politik ist es, ärmeren Menschen Wege in die Gesellschaft zu ebnen, durch...

- ...offene Institutionen, ohne Gebühren und bürokratische Hürden.
- ...Sozialsysteme, die im Sinne der ärmeren Menschen funktionieren, nicht gegen sie.
- ...Verteilungsgerechtigkeit, ohne vor starken Lobbyinteressen zurück zu schrecken.

⁶ Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) kamen im Jahr 2017 639.138 neue Widersprüche gegen Hartz IV-Bescheide hinzu. In mehr als 35 Prozent der Fälle gaben die Jobcenter den Beschwerden der Empfänger ganz oder teilweise statt. Dabei lagen in mehr als der Hälfte der Entscheidungen zugunsten der Bezieher von Arbeitslosengeld II zum Teil grobe Fehler der Ämter vor. (<https://www.n-tv.de/ratgeber/Hartz-IV-Empfaenger-klagen-mit-Erfolg-article20228162.html>)

⁷ <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/17/IIIPlen/vorgang/d17-1217.pdf>